

Ressort: Politik

Ostbeauftragter lehnt Quotenregelung für Ostdeutsche ab

Berlin, 17.02.2019, 11:30 Uhr

GDN - Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Christian Hirte (CDU), hat sich gegen eine Quotenregelung ausgesprochen, um mehr Ostdeutsche in Führungsämter zu bekommen. Eine Quotenregelung für Ostdeutsche könne nicht funktionieren, sagte Hirte im RBB-Inforadio.

Im Ergebnis könnten dann auch einzelne Bundesländer eigene Quoten fordern: "Jetzt hatten wir eine Kanzlerin, die einen Wahlkreis in Mecklenburg-Vorpommern hatte. Wir hatten einen Bundespräsidenten, der kam - teilweise zumindest - auch aus Mecklenburg-Vorpommern. Und wenn man sagt, wir brauchen eine Ostquote, dann frag ich, wo bleiben denn die Thüringer? Dann muss man ja hinterher überlegen, brauchen wir eine Länderquote. Und dann sagen die Schleswig-Holsteiner: Ja, aber wir brauchen auch noch einen. Das führt ins Elend." Hirte fügte hinzu, dass er keinen Nachteil sehe, aus den neuen Bundesländern zu sein. "Im Gegenteil. Man hat die gleichen Chancen wie alle anderen." Dass trotzdem weniger Ostdeutsche in Führungspositionen seien, habe ganz unterschiedliche Gründe. In der Justiz zum Beispiel habe es nach 1990 in den neuen Bundesländern niemanden gegeben, "der die Laufbahn-Voraussetzungen hatte, um Richter zu werden". Der entscheidende Punkt, wo es immer noch Unterschiede gebe, sei "bei Unternehmen, wo es auch für Ostdeutsche nach wie vor schwieriger ist, weil wir schlicht die großen Unternehmen mit den Unternehmenssitzen nicht bei uns in den neuen Bundesländern haben." Für die Einführung einer Ostquote hat sich dagegen Ex-Linken-Chef Gysi ausgesprochen. Ostdeutsche würden noch immer benachteiligt und deshalb brauche man "eine strukturelle Lösung", sagte er. "Wenn es eine Strukturfrage ist, dann muss man eingreifen und über eine Quote Schritt für Schritt für Gleichberechtigung sorgen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-120205/ostbeauftragter-lehnt-quotenregelung-fuer-ostdeutsche-ab.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSfV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619